



Vertrauensvotum für die Ebert-Regierung

Einführung eines Staatstribunals zwecks Prozessierung von Personen, die den Krieg angeblich verschuldet haben sollen

Weshalb sich Friedensverhandlungen zerklüften

Weimar, 30. Juli. — Mit überwältigender Mehrheit hat die Nationalversammlung der deutschen Regierung ein Vertrauensvotum ausgesprochen, nachdem sie vorher einen Antrag der Volkspartei, der Regierung ein Misstrauensvotum auszusprechen, mit 243 gegen 53 Stimmen abgelehnt hatte.

Die Nationalversammlung hat gegenwärtig eine Vorlage in Beratung, welche die Bildung eines Staatstribunals vorsieht, dessen Aufgabe es sein soll, die Ursachen des Krieges festzustellen und die Schuldigen ausfindig zu machen und zu prozessieren. Hervorragende deutsche Juristen und Historiker sollen Mitglieder dieses Tribunals sein. Der Minister des Innern, Dr. Ebnard David sagt, daß Deutschland ein derartiges Tribunal haben müsse, um den Alliierten bei Einführung eines Tribunals zuvorkommen. Unter dem gegenwärtigen Plan werden die Geheimdokumente zuerst veröffentlicht werden, dann diejenigen, die sich auf den Waffenstillstand beziehen und schließlich solche, die Bezug auf den Ausbruch des Krieges haben. „Die Wahrheit“, sagte Dr. David, „wird für manche schmerzhaft sein.“

Das Friedensangebot der Alliierten.

Kopenhagen, 30. Juli. — Der Minister des Auswärtigen Dr. Hermann Müller verlas gestern in der Nationalversammlung die Depesche des britischen Botschafters am Vatikan an den päpstlichen Staatssekretär. Derselbe wies kein Datum auf und lautete: „Wir haben bisher noch keine Gelegenheit gehabt, die Alliierten Botschaft zu empfangen. Die erhaltenen Notizen, in welcher Vorlesung über Bedingungen, die zu einem dauernden Frieden führen können, zu konfuzieren. Unsere Meinung nach ist keine Möglichkeit vorhanden, das Ziel zu erreichen, solange die Generalmächte und deren Alliierten ihre Kriegsziele nicht offiziell bekannt gegeben und erklärt haben, wie viel Schmerzensgelder sie zahlen wollen und welche Garantien sie zu bieten gedenken, um die Welt gegen die Schrecken, wie wir sie gegenwärtig durchzumachen haben, zu schützen.“

Betreffs Belgiens geben sie gar keine endgültige Erklärung über ihre Absichten ab; auch sagen sie nicht, ob sie Belgien die vollständige Unabhängigkeit geben wollen und Schadenersatz für zerstörtes Eigentum leisten wollen. Unzweifelhaft ist es einmütig von den Erklärungen der Alliierten in Verantwortung der Note des Präsidenten Wilson unterrichtet. Weber Deutschland noch Deutreich-Ungarn haben derartige Erklärungen abgegeben. Ein Versuch, die Kriegführenden einander näher zu bringen, scheint vergeblich, so lange wir nicht die Punkte kennen, über welche deren Meinungen auseinander gehen.“

Nach Verlesung dieser Depesche ergriff Ministerpräsident Bauer das Wort; er griff die Konserativen an, erklärend, daß der frühere Kaiser sich nicht für die Interessen der Nation überhöhen Verschuldigungen überführt werden würde.

„Die Wiedereinführung einer Monarchie in Deutschland ist unmöglich“, sagte er. „Ich werde zwei Schriftstücke verlesen, eines von Reichskanzler Michaelis an v. Hindenburg unter dem 12. September 1917; ein anderes unter dem 15. September 1917 die Antwort Hindenburgs und ein Begleitschreiben Hindenburgs an den Kaiser, die werden dann verlesen, weshalb keine endgültige Antwort hinsichtlich des Wiederaufbaus Belgiens erteilt werden konnte.“

Forderungen hinsichtlich wirtschaftlicher Konnektion erfüllt hat, worüber mehrere Jahre nach Friedensschluß verhandelt werden müssen, dann nehmen wir an, daß militärische Maßnahmen nicht mehr nötig sein werden. Folglich wollen wir Lüttich nur vorläufig und als eine Art Pfandpfand behalten.“

Hindenburg antwortete in folgender Weise: „Ich weiß, daß in Marne und patriotischen Kreisen es als ein schwerer Schlag empfunden werden wird, wenn wir die Rüste Planens aufgeben. Oekonomische Verbindungen mit Belgien können, ohne einen Druck auf Belgien auszuüben, nicht erzielt werden, auch nicht nach der Friedensklärung, und dann dürften mehrere Jahre vergehen. Erfolgreich können wir in dieser Hinsicht nur dann sein, wenn England und Amerika Frankreich im Stich lassen. Falls wir Lüttich besitzen und in jeder Weise Herren der Situation sind, können wir die nötigen Maßnahmen ergreifen. Deshalb glaube ich nicht, daß wir Lüttich aufgeben sollten. Die beiden, welche von unseren Nachbarn ertragen werden müssen, sind die unausbleiblichen Folgen des Krieges unter den gegenwärtigen Verhältnissen. Von Verzicht auf Schmerzensgeldern kann keine Rede sein; auch können wir unsere Absichten anderen Ländern nicht mitteilen.“

In Ludendorffs Memorandum heißt es: „Wir müssen den Distrikt (Lüttich) fest in Händen halten. Der alleinige Besitz der Maaslinie genügt nicht. Die Franzosen und Briten müssen noch weiter zurückgedrängt werden. Nur dadurch kann Belgien gezwungen werden, wirtschaftlich mit uns eng verbunden zu werden. Dieses aber kann nur dann geschehen, wenn wir einen schweren militärischen Druck ausüben. Ohne eine längere Okkupation und den Besitz Lüttichs ist Belgiens Neutralität ein Wohngebilde, mit dem man nicht rechnen kann.“

Nach Verlesung dieser beiden Schriftstücke sagte der Ministerpräsident weiter: „Um jene Zeit würde die sogenannte Landpartei gebildet, welche die Forderungen des Oberkommandos unterstützte. Mitglieder dieser Partei waren es, welche die Amerikaner begünstigten und die deutsche Volk in Verderben stürzte.“

Die Leiche des verunglückten Fliegers, E. Krause wurde am Samstag nach Marshalltown, Iowa, überführt, um dort zur letzten Ruhe bestattet zu werden. Sein Kollege E. E. Wilmet hat sich von seinen Verletzungen erholt und kehrte nach Lincoln zurück.

Bekannter Viehzüchter gestorben. Fremont, Neb., 30. Juli. — Charles J. Chapp, ein wohlhabender Viehzüchter von Dunlap, Ia., starb in der Wohnung seines Sohnes nach kurzer Krankheit. Der Verstorbene war 65 Jahre alt und hinterließ sechs Söhne und eine Tochter. Die Leiche wurde zur Beerdigung nach Dunlap gebracht.

Der Stand des Corns wird schlechter. Mahoa, Neb., 30. Juli. — Der Stand des Corns ist um 30 Prozent schlechter geworden infolge der anhaltenden Hitze. Die heißen Winde, die oft in diesem Monat auftreten, haben zum Glück geführt, sonst wäre das Corn längst verbrannt.

Streikbeilegung in Chicago erwartet

Die angebotene Lohnerhöhung von 67 Prozent soll in Wiedererwägung gezogen werden.

Chicago, Ill., 30. Juli. — Der einschüchternere Teil der Beamten der 15,000 streikenden Angestellten der hiesigen Straßen- und Hochbahnen beabsichtigen heute eine allgemeine Abstimmung über den herrschenden Ausstand abhalten zu lassen, um festzustellen, ob die öffentlichen Verkehrsmittel der Stadt auch weiterhin lahmgelegt bleiben sollen.

Herr L. D. Wland, der internationale Schachmeister der Organisation der Straßenbahnangestellten, wird sofort die nötigen Vorarbeiten für eine Referendumsabstimmung erledigen. Seiner Aussage zufolge sind 300 radikale Mitglieder der Vereinigung für die pöblichen Streikverfügung, welche ohne vorhergehende Warnung an das Publikum erlassen wird und wobei auch eine angebotene Lohnerhöhung von 67 Prozent ausgeschrieben wurde, verantwortlich.

Heute kam auch der internationale Präsident der Organisation, Herr W. D. Mahon, hier an und konferierte mit Herrn Wland, Mahon, der den Angestellten der Straßen- und Hochbahnen die Annahme des neuen Lohnsatzes angetragen hatte, beabsichtigt, die allgumene Unterfertigung einer gemeinsamen Unterfertigung zu unterziehen und die verantwortlichen Personen, falls sie gegen die Interessen der Arbeiterschaft gehandelt zu haben, zur Rechenschaft zu ziehen.

Wie berichtet wird, haben sich die Angestellten der Aurora, Elgin und Chicago elektrischen Bahn, welche in der Stadt die Geleise der Hochbahn benutzt, gleichfalls für Teilnahme am Streik entschlossen. Weitere 15,000 Personen in diesen Wohnbezirken, welche in der Stadt beschäftigt sind, müssen entweder nach ihren Arbeitsplätzen gehen, oder in Automobilen und Bahnen dahin fahren.

Ein Amendement zur Konstitution

Washington, 30. Juli. — Abgeordneter James von Michigan reichte gestern im Hause ein Amendement zur Konstitution ein, welches vorschreibt, daß es dem Präsidenten nicht gestattet ist, amerikanische Soldaten außer Landes zu senden um Befehle eines internationalen Tribunals oder Gerichtes, wie die Völkerliga, auszuführen.

Verlangen Verkauf der Armeevorräte

Washington, 30. Juli. — Nach einer den ganzen Tag dauernden Sitzung nahm das Abgeordnetenhaus gestern eine Resolution an, wie sie vom Kriegsunterforschungsausschuss eingebracht wurde, in welcher Sekretär Baker aufgefordert wurde, alle überschüssigen Armeevorräte an Abnehmer zu verkaufen. Derselben werden auf etwa \$120,000,000 bewertet. Die Debatten darüber waren sehr hitzig und bewegten sich streng in Parteiliniem. Republikaner beschuldigten Sekretär Baker in Bezug auf das Zurückhalten dieser riesigen Vorräte, nichtaufbereiten der Verkaufsmöglichkeit, wie die Demokraten anworteten, daß durch den plötzlichen Verkauf derselben ein großer Preisverlust verursacht worden wäre, der wahrscheinlich eine Geldpanik im Gefolge gehabt hätte. Darauf wäre Sekretär Baker zweifellos wegen Verstoßes gegen die Amtsgewalt in den Anklagezustand gesetzt worden. Der republikanische Repräsentant Reavis von Nebraska griff die Regierung bezüglich der bisherigen Zurückhaltung der Armeevorräte besonders heftig an.

Größere Vorräte in Küstlhäusern

Washington, 30. Juli. — Das Ackerbaudepartement berichtet, daß sich gegenwärtig in den Küstlhäusern des Landes ein bedeutend größerer Vorrat an Futter und Eiern befindet, als dies zur gleichen Zeit im letzten Jahre der Fall war. Berichten von 302 Küstlhäusern zufolge hielten dieselben letztes Jahr 69,202,000 Pfund Futter vorräufig; gegenwärtig haben sie 108,805,000 Pfund derselben. Am 15. Juli dieses Jahres hatten sie 7,670,000 Küstler Eier eingelagert, während letztes Jahr zur gleichen Zeit nur 6,292,000 Küstler Eier waren.

Die Legislatur in Extra-Sitzung

Gouverneur McKelvie empfiehlt Ratifizierung des Frauenstimmrechts-Amendements. — Die Demokraten wären beinahe mit einem Antrag auf Unterbrechung der Profitiererei durchgebrochen, wogegen eine zweite Extra-Sitzung haben wollten.

Lincoln, Neb., 30. Juli. — Die Nebraska Legislatur versammelte sich Dienstag zu einer Extra-Sitzung, zu welcher sie Gouverneur McKelvie einberufen hat, um das National-Frauenstimmrechts-Amendement gutzuheißen. Der Gouverneur erwiderte, daß er seine kurz gehaltene Votenschaft, er habe der Legislatur nur zwei Fragen vorgelegt, weil die Gesetzgeber jetzt zu beschäftigt seien, um sich mit anderen Fragen zu beschäftigen. (Diese Rede erregte lautes Gelächter.) Die erste Frage sei die Gutheißung des Frauenstimmrechts-Amendements und die zweite die Bewilligung der Untertage für die Sitzung. Der Gouverneur sei der Ansicht, daß sich wohl jeder Gesetzgeber freuen würde, die Frauen das Stimmrecht zu verleihen und er sprach die Hoffnung aus, daß die Gutheißung des Amendements einstimmig gemacht werden sollte.

Gleich nachdem sich der Gouverneur entfernt hatte, stellte der Abgeordnete Crozier von Polk County den Antrag, daß der Gouverneur die Aufforderung, die von allen Seiten an ihn ergangen sei, die Extra-Sitzung der Legislatur zu erheben, auch die Profitiererei zu untersuchen, mißachtet habe, er vom Haus formell aufgefordert werden sollte, eine zweite Extra-Sitzung einzuberufen um dem „Profitiererei“ seine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Kaum war der Antrag angenommen, als die Republikaner Reynolds von Omaha, Jenison von Clay und Reed Green von Lancaster County ein Mandat einlegten. Kaum war der Antrag geschlossen, Reynolds beantragte, den Antrag Crozier's auf den Tisch zu legen, was mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt wurde, nachdem vorher schon der Vorhörer den Antrag in Ordnung erklärt hatte, als Jenison verweigerte, den Vorhörer zu erklären, weil die Frage im Auftrage des Gouverneurs nicht enthalten sei.

Nun wurde der Antrag gestellt, die Worte aus Crozier's Resolution zu streichen, die auf die letzte Legislatur anspielten, und den Teil vor das Haus zu bringen, worin eine zweite Extra-Sitzung gefordert wird. Nach heftiger Debatte wurde der Antrag aber mit 40 gegen 38 Stimmen abgelehnt. Es ging also sehr knapp zu, und um ein Haar wäre dem Gouverneur eine neue große Verlegenheit bereit worden. Die Stimmenabgabe war wie folgt: Für die Resolution — Anderson von Knox, Anderson von Butler, Anderson von Hamilton, Artell, Baker, Behrens, Carleton, Crozier, Druesedow, Foster, Fries, Fuller, Gifford, Geddes, Howard, Johnson von Phelps, Lambert, Laurens, Maurer, McClellan, Morrison, Nelson, Norren, Osterman, Purcell, Purdy, Richard, Holt, Condit, Schmidt, Steel, Strong, Sturdevant, Vance, VanBatten, Weight und Wirtman.

Dagegen — Allan von Douglas, Allen von Sage, Barbour, Verla, Vethea, Mack, Burack, Burnes, Druem, Carroll, Christie, Cole, Davis, Downing, Dyball, Frank, Gerhart, Good, Gohrich, Barton Green, J. Reed Green, Hart, Harris, Jenison, Johnson von Butte, Kang, Lundgren, Mattheoson, Mackay, McLaughlin, Mearns, McLeod, Miller, Reynolds, Stout, Taylor, Thompson, Tracemell, Williams und Sprecher Dakin.

Amerika als Mutter der Waisen.

Paris, 30. Juli. — Amerika ist die Pflegemutter von 18,000 Waisen in Armenien. 28 Waisenhäuser sind in Armenien errichtet worden, die alle unter amerikanischer Obhut und Leitung stehen. Es sind 15,000 Waisen in der Gegend von Erivan und 3,000 in Georgien untergebracht. Das amerikanische Fürstentum — Komitee hat sich verpflichtet, für alle elterlosen Kinder in Armenien zu sorgen und die Kosten zu tragen.

Wahoo, Neb., 30. Juli.

Frau Agnes Vent Rindermann ist am Montag im Alter von 70 Jahren verstorben. Sie hinterließ ihren Gatten, drei Söhne und drei Töchter.

Chicago Rassenkampf anscheinend beendet

Umfassende Maßnahmen getroffen, um dessen Wiederanfang zu verhindern.

Chicago, Ill., 30. Juli. — Allen Anzeichen nach ist der Rassenkampf, welcher vor einigen Tagen hier an einem Badestrand seinen Anfang nahm, im Abflauen begriffen und Bürgermeister Thompson, sowie Polizeichef Garrity sind der festen Überzeugung, daß die den städtischen Behörden zur Unterdrückung der Unruhen zur Verfügung gestellten Nationalgardisten, von denen gegenwärtig 5,600 Mann in der Stadt bereitgehalten werden, nicht zur Verwendung kommen werden.

Während der letzten Nacht ereigneten sich im Regierviertel verschiedene Aufsehörungen, wobei zwei Negro ihr Leben verloren. Einer derselben, ein junger Burlesche, der auf einem Zweirad fuhr, wurde vielfach gestochen und geschossen und wurde schließlich in sterbendem Zustande von einem brennenden Scheiterhaufen durch Polizisten gerettet. Er starb kurz darauf. Der andere Negro, der 40 Jahre alt war, wurde von einem Polizeibeamten mit einem Revolver erschossen. Die Polizei behauptet, daß die Aufsehörungen durch die Anwesenheit von Negern hervorgerufen wurden, die im Regierviertel allein sechszehn Polizisten verurteilt, etliche derselben erlitten lebensgefährliche Verletzungen. Wie von der Polizeibehörde angegeben wird, hat der Rassenkampf bisher mindestens 27 Personen das Leben gekostet. Die Zahl der Verwundeten ist nicht bekannt, soll aber sehr groß sein.

Zahlreiche Hotels und Restaurants im Zentrum der Stadt entließen gestern sämtliche farbigen Angestellten, soweit sich dieselben zur Arbeit eingefunden hatten. Im Abendverkehr der Schwarzen ist von der Polizei ein regulärer Wacheinsatz eingeführt worden und je ein Polizeibeamter mit 50 Polizisten patrouillieren einen Distrikt, der etwa zehn Häusergeviert umfaßt.

Zwei farbige Hausdiener, welche gestern auf allgemeine Verdachtsgründe hin verhaftet wurden, hatten Dum-Dum Geschosse in ihrem Besitz. Ein anderer Neger, der in seinem Heim verhaftet wurde, hatte 5 Stengelrevolver und einen großen Munitionsvorrat in seinem Besitz. Die hiesigen Schlichter mußten ihren Betrieb teilweise einstellen, da sich die weißen Arbeiter weigerten, gemeinschaftlich mit Farbigen zu arbeiten. Die Neger wurden sofort entlassen.

Verübt Selbstmord, betrügt den Galgen

Creighton, Ne., 30. Juli. — Roy Emerson, des Mittermordes schuldig befunden und einer Verurteilung von \$15,000, einverweilt auf freiem Fuß belassen, beging heute morgen um 4 Uhr bei Kellerton Selbstmord, indem er sich mit seinem Gürtel erhängte. Roy Emerson lebte am 6. Mai seine Mutter, indem er sie erschlug und sie dann den Elevator schied hinab warf. Er wurde von Creighton nach Mt. Airy gebracht, da seine Bürger nicht länger für ihn haltbar bleiben wollten. Deputy Sheriff Danner sollte ihn in einem Automobil nach Mt. Airy bringen. Unterwegs mußte etwas an der Maschine in Ordnung gebracht werden und Emerson wurde gestattet, sich frei zu bewegen. Er spazierte unter einer Brücke nahebei und erhängte sich an seinen Gürtel. Ein Inzuekt wurde sofort gehalten.

Neuwahlen sollen erzwungen werden.

London, 30. Juli. — Neuwahlen dürften erzwungen werden, wenn der Entschluß des Oberhauses durchgeführt würde, indem die vielversprechende Transport-Bill in zwei Sätzen geschnitten und jede Hälfte nach Südbank zerstückelt wird. Lord Curzon, der Regierungsführer, machte diese Drohung, wenn Lord Salisbury's Bill zur Annahme kommt. Die Koalitions-Regierung würde auf diese Weise gestürzt werden.

Apfelwein auch verboten.

Washington, 30. Juli. — Victor A. Berger war vor dem Unterhause Ausschuss des Hauses, der sein Recht auf seinen Sitz im Hause, sowie auch seine Verlegung des Spionage-Gesetzes unterläßt. Er wurde gefragt, ob er in einer Rede gefolgt habe, den einzigen Antrag, den wir führen, ist gegen unsere Administration; es ist dabei unerlet, ob es gegen Kaiser Wilson oder gegen Kaiser Wilhelm ist. Es ist einer so schlammig wie der andere.“ Er gab dies zu.

Der amerikanisch-französische Vertrag

Durch denselben wird Amerika gebunden, Frankreich zu helfen, gewisse Vorbehalte dürften demselben einverleibt werden

Bemerkenswerte Rede des Senators Thomas

Washington, 30. Juli. — Die Unterbrechung des Wortlauts des Vertrags mit Frankreich bringt Unterschiede zutage von dem Inhalt des Vertrags, der in der Staaten Zeitung am 2. Juli wiedergegeben wurde. Damals hieß es, daß die Ver. Staaten „einwilligen“, Frankreich zu unterstützen. Aus dem offiziellen Text aber geht hervor, daß die Ver. Staaten „sich verpflichten“, Frankreich zu helfen.

Mehrere Senatoren begünstigen einen Plan, dem französisch-amerikanischen Bündnisverträge gewisse Vorbehalte einzufügen, um auf diese Weise festzustellen, ob in Paris ein diplomatisches Doppelspiel gegen die Ver. Staaten getrieben worden ist. Durch die Einschaltung von Klauseln soll Frankreich verpflichtet werden, die Ver. Staaten bei Verhinderung irgend welcher Veränderungen in Asien oder dem Stillen Ozean, die eine Bedrohung der Ver. Staaten oder des Weltfriedens einschließen, zu unterstützen.

Senator Thomas über die Liga.

Washington, 30. Juli. — Falls der Friedensvertrag mit Deutschland ein erzwingender ist, dann wird die Völkerliga nicht bestehen. Soll diese aber von Bestand bleiben, dann müssen die Säulen des Vertrags gemindert werden.“ So äußerte sich gestern Senator Thomas von Colorado. Thomas ist ein hervorragender demokratischer Führer, der in der Völkerliga bisher eine „zweifelhafte Stellung“ eingenommen hatte. Wie er selbst sagt, weiß er heute noch nicht, ob er für Ratifizierung der Völkerliga stimmen werde. Tags zuvor hatte er eine Konferenz mit dem Präsidenten Wilson. Thomas sagte: „Die Annahme, daß durch die Liga ein dauernder Friede hergestellt wird, ist illusorisch, denn keine Liga oder Vertrag kann bestehen, außer die Menschheit ändert sich. Weder das Schicksal noch die Liga können die Gefahr kaufmännischer Rivalität, die Kriege hervorbringt, aus dem Wege.“

Daß Großbritannien, Frankreich, Japan, Italien und andere Nationen um ihren Lippen wohl die Liga angenommen haben, aber dennoch Gebietsveränderungen anstreben, obwohl dieses den Prinzipien der Liga strikts zuwiderläuft.

Angarn verlangen neue Regierungsform

Berlin, 30. Juli. — Wie dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ aus Budapest gemeldet wird, sprachen ungarische Volkskommissare bei Oberst Cunningham, dem Vertreter der Alliierten vor und erkundigte sich bezüglich der Stellungnahme derselben zu einer eventuellen friedlichen Abänderung der Soviet- und Aufstellung einer neuen Regierung. Der Vorschlag wurde dem obersten Rat in Paris zur Begutachtung übermittle.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Wahrscheinlich Schauer heute abend und Donnerstag; etwas kühler heute abend. Kälter am Donnerstag. Für Nebraska — Gewitter-Wegen und kühler heute abend. Donnerstag unbestimmtes Wetter mit Schauer und kühler in östlichen und südlichen zentralen Teilen.

Neuere Goldhüter.

Neu York, 30. Juli. — Herr und Frau Perry Tiffany, welche in hiesigen Gesellschaftskreisen wohlbekannt sind und eine hervorragende Rolle spielen, schickten sich heute mit einer Tante von fünfzig Verbaugenieuerungen und Arbeitern, sowie Verbaugenieuerungen im Werte von etwa \$1,000,000 nach holländisch Guayana, um daselbst ein Goldlager zu bearbeiten, welches Herr Tiffany vor etwa achtzehn Jahren an Rotoni Fluß entdeckt hatte. Die Entdeckung seinerzeit wurde als strenges Geheimnis bewahrt, bis Herr Tiffany von der französischen und holländischen Regierung für eine Strecke von 100 Meilen, den Fluß entlang, das Ausbeutungsrecht zugesprochen erhielt.

frei erklärt, bald das Übergewicht in Europa erhalten wird, weil Nationen mit Frankreich bringt Unterschiede zutage von dem Inhalt des Vertrags, der in der Staaten Zeitung am 2. Juli wiedergegeben wurde. Damals hieß es, daß die Ver. Staaten „einwilligen“, Frankreich zu unterstützen. Aus dem offiziellen Text aber geht hervor, daß die Ver. Staaten „sich verpflichten“, Frankreich zu helfen.

Mehrere Senatoren begünstigen einen Plan, dem französisch-amerikanischen Bündnisverträge gewisse Vorbehalte einzufügen, um auf diese Weise festzustellen, ob in Paris ein diplomatisches Doppelspiel gegen die Ver. Staaten getrieben worden ist. Durch die Einschaltung von Klauseln soll Frankreich verpflichtet werden, die Ver. Staaten bei Verhinderung irgend welcher Veränderungen in Asien oder dem Stillen Ozean, die eine Bedrohung der Ver. Staaten oder des Weltfriedens einschließen, zu unterstützen.

Senators Thomas über die Liga.

Washington, 30. Juli. — Falls der Friedensvertrag mit Deutschland ein erzwingender ist, dann wird die Völkerliga nicht bestehen. Soll diese aber von Bestand bleiben, dann müssen die Säulen des Vertrags gemindert werden.“ So äußerte sich gestern Senator Thomas von Colorado. Thomas ist ein hervorragender demokratischer Führer, der in der Völkerliga bisher eine „zweifelhafte Stellung“ eingenommen hatte. Wie er selbst sagt, weiß er heute noch nicht, ob er für Ratifizierung der Völkerliga stimmen werde. Tags zuvor hatte er eine Konferenz mit dem Präsidenten Wilson. Thomas sagte: „Die Annahme, daß durch die Liga ein dauernder Friede hergestellt wird, ist illusorisch, denn keine Liga oder Vertrag kann bestehen, außer die Menschheit ändert sich. Weder das Schicksal noch die Liga können die Gefahr kaufmännischer Rivalität, die Kriege hervorbringt, aus dem Wege.“

Daß Großbritannien, Frankreich, Japan, Italien und andere Nationen um ihren Lippen wohl die Liga angenommen haben, aber dennoch Gebietsveränderungen anstreben, obwohl dieses den Prinzipien der Liga strikts zuwiderläuft.

Angarn verlangen neue Regierungsform

Berlin, 30. Juli. — Wie dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ aus Budapest gemeldet wird, sprachen ungarische Volkskommissare bei Oberst Cunningham, dem Vertreter der Alliierten vor und erkundigte sich bezüglich der Stellungnahme derselben zu einer eventuellen friedlichen Abänderung der Soviet- und Aufstellung einer neuen Regierung. Der Vorschlag wurde dem obersten Rat in Paris zur Begutachtung übermittle.

Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Wahrscheinlich Schauer heute abend und Donnerstag; etwas kühler heute abend. Kälter am Donnerstag. Für Nebraska — Gewitter-Wegen und kühler heute abend. Donnerstag unbestimmtes Wetter mit Schauer und kühler in östlichen und südlichen zentralen Teilen.

Neuere Goldhüter.

Neu York, 30. Juli. — Herr und Frau Perry Tiffany, welche in hiesigen Gesellschaftskreisen wohlbekannt sind und eine hervorragende Rolle spielen, schickten sich heute mit einer Tante von fünfzig Verbaugenieuerungen und Arbeitern, sowie Verbaugenieuerungen im Werte von etwa \$1,000,000 nach holländisch Guayana, um daselbst ein Goldlager zu bearbeiten, welches Herr Tiffany vor etwa achtzehn Jahren an Rotoni Fluß entdeckt hatte. Die Entdeckung seinerzeit wurde als strenges Geheimnis bewahrt, bis Herr Tiffany von der französischen und holländischen Regierung für eine Strecke von 100 Meilen, den Fluß entlang, das Ausbeutungsrecht zugesprochen erhielt.